

Elke Dahlbeck, Dajana Schlieter & Kerstin Jochimsen

Kommune

UNTERSTÜTZT BÜRGER

Kommunale Unterstützungsstrukturen für bürgerschaftlich getragene Finanzierungs- und Organisationsmodelle

Kurzfassung

Um Versorgungslücken gesellschaftlicher Dienstleistungen (wie etwa haushaltsnahe Dienstleistungen, Nahversorgungsangebote oder soziale Dienste) in Quartieren zu vermeiden oder Angebote (wieder) aufzubauen, bedarf es neuer Organisations- und Finanzierungsformen. Viele Bürger*innen sind bereit, sich in vielfältiger Art und Weise für ihr Quartier gemeinwohlorientiert zu engagieren – hierbei dürfen sie jedoch nicht allein gelassen werden.

Eine niedrigschwellige kommunale Unterstützungsstruktur zur Beratung und Begleitung bürgerschaftlich getragener Finanzierungs- und Organisationsmodelle – in Anlehnung an klassische Existenzgründungsberatungen – stellt ein wirkungsvolles Mittel dar, um Bürgerengagement für das Gemeinwohl im Quartier wirksam werden zu lassen.

aus: Abt, Jan / Blecken, Lutke / Bock, Stephanie / Diringer, Julia / Fahrenkrug, Katrin (Hrsg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme. Berlin 2021.

Versorgungslücken gesellschaftlicher Dienste in Quartieren, Orts- und Nebenzentren

Der sozio-demografische und kulturelle Wandel verändert die Bedarfslagen der Bevölkerung. So sinkt etwa mit zunehmendem Alter und steigender körperlicher Beeinträchtigung der Aktionsradius und das unmittelbare Quartier sowie die eigene Wohnung gewinnen an Bedeutung (vgl. Wolter 2017). Auch für andere Personengruppen nimmt der lokale Bezugspunkt eine größere Rolle ein (vgl. Brocchi 2019, 10). Zugleich ist jedoch zu erkennen, dass Quartiere von vielfältigen Veränderungen gekennzeichnet sind: ein verändertes Konsumverhalten, ein rasant wachsender Online-Handel bei gleichzeitig hohen Gewerbemieten, ein verstärkter Konkurrenzdruck sowie eine erhöhte Mobilität der Bewohner*innen stellen vor allem den Einzelhandel und die Dienstleistungsanbieter vor große Herausforderungen. Die Folge ist, dass diese Dienste zunehmend Schwierigkeiten haben, sich auf dem Markt zu halten und sich aus den Nebenzentren, insbesondere aus den strukturschwächeren Quartieren und Orts- und Nebenzentren zurückziehen. Geschäfte werden aufgegeben oder in innerstädtische Lagen verlegt. Dies gilt für den Einzelhandel, Banken und Postfilialen, aber oftmals nachgelagert auch für Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie für sozio-kulturelle Angebote. Der damit einhergehende Verlust gesellschaftlicher Dienstleistungen in den betroffenen Quartieren kann zu Abwärtsspiralen mit hohem Gewerbeleerstand, Attraktivitäts- und Imageverlust sowie Abwanderungen einkommens- und bildungsstärkerer Haushalte führen.

Kommunen können die Sicherung gesellschaftlicher Dienste im Quartier nicht allein erzielen. Zum einen fehlen insbesondere finanzschwachen Kommunen hierfür die finanziellen und personellen Ressourcen. Zum anderen zeigen Erfahrungen, dass die frühzeitige Einbindung lokaler Akteure die Passgenauigkeit von Lösungen für das Quartier erhöht sowie die nachhaltige Nutzung und Akzeptanz sichern (vgl. BMFSFJ 2017). Das Engagementpotenzial in strukturschwachen Regionen

und Quartieren ist jedoch niedriger als in „gutsituierten“ Vierteln (vgl. Simonson u.a. 2017) und die Aktivierung der Bürger*innenschaft somit kein Selbstläufer.

Motive und Grenzen gesellschaftlichen Engagements

Im Rahmen von KuDeQua wurden mithilfe einer nationalen und internationalen Best-Practice-Analyse und zahlreichen Interviews Faktoren des Engagements im Bereich gesellschaftlicher Dienstleistungen im Quartier untersucht. Ziel war es, Akteure für eine nachhaltige Quartiersentwicklung zu gewinnen und potenzielle Stellschrauben für Kommunen zu identifizieren, um die Akteure in ihren Vorhaben zu unterstützen. Zu den Best-Practice Beispielen zählten etwa durch Bürger*innen betriebene Nahversorgungsmöglichkeiten, Mobilitätsangebote, Hilfen im Bereich Gesundheit und Pflege sowie gemeinschaftliche bzw. soziale Treffpunkte. Neben den Organisations- und Finanzierungsmodellen waren auch die in Anspruch genommenen Hilfeleistungen, die Netzwerke, Akteurskonstellationen sowie Motivlagen Gegenstand der Analyse. Hier konnten drei zentrale Motive für bürgerschaftliches Engagement im Quartier identifiziert werden, die sich mit den Ergebnissen vergleichbarer Studien decken (vgl. Langguth u.a. 2015; Fallner u.a. 2019). Befördernd wirken demnach:

- drohende Versorgungslücken ausgewählter Dienste: Schließen des letzten Lebensmittelgeschäftes, der letzten Kneipe, etc.,

Das Projekt

„KuDeQua – Bürger beteiligen sich an öffentlichen Dienstleistungen im eigenen Stadtquartier“ ist ein Vorhaben der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“.

„KuDeQua“ baut kommunale Dienstleistungen in Stadtquartieren zukunftsfähig auf. Die Stadt Dortmund setzt dafür auf bürgerschaftliches Engagement und neue Finanzierungsmodelle für Nahversorgung, Mobilität und soziale Fürsorge. Gelsenkirchener Wissenschaftler analysieren und konzipieren bedarfsgerechte Instrumente.

weitere Informationen zum Projekt:

» www.kommunen-innovativ.de/kudequa

- drohender Leerstand oder auch Umnutzung von besonderen – oftmals kulturell betriebenen – Immobilien wie alte Speichergebäude, alte Hafengebäude, etc.,
- der Wunsch nach mehr Gemeinschaft und Nachbarschaft.

Nicht immer sind die Gründe und Motive klar voneinander abzugrenzen und bilden häufig eine Gemengelage.

Aus der Best-Practice-Analyse und den Interviews ließen sich unter anderem Erkenntnisse im Hinblick auf die Akteurskonstellationen ableiten. Sie stellen sich als sehr vielfältig heraus, häufig jedoch initiiert ein kleiner Kern an Bürger*innen das Vorhaben. Sie stoßen die Initiativen an und koordinieren und bearbeiten das Vorhaben federführend. Diese Akteure bringen überdurchschnittlich viele zeitliche und auch fachliche Ressourcen ein. Zum Teil suchen sich die Bürger*innen fachliche Unterstützung, häufig ist es jedoch ein „Learning by Doing“. Erforderliche Qualifikationen und soziale Kompetenzen müssen somit bei den Akteuren vorhanden sein, etwa um sich zu vernetzen oder in bürokratische Prozesse von Finanzierungs- und Organisationsmodellen einzuarbeiten. Je umfangreicher das Vorhaben, desto mehr sind die Akteure auf professionelle Strukturen und Qualifikationen angewiesen.

Neben dem hauptverantwortlichen Kernteam ist für den langfristigen Betrieb der Dienstleistungen eine breitere Basis an Engagierten notwendig, um dauerhafte Belastungen Einzelner zu vermeiden und eine optimierte Arbeitsteilung mit breitem Angebot zu ermöglichen. Öffentlichkeitsarbeit und die Akquise weiterer Mitglieder erfordern weitere zeitliche Ressourcen.

Organisations- und Finanzierungsmodelle gesellschaftlicher Dienste im Quartier

Eine besondere Herausforderung, vor der Akteure im Bereich gesellschaftlicher Dienstleistungen – aber auch allgemein ehrenamtlich Tätige – stehen, ist die Finanzierung ihrer Vorhaben. Im Rahmen der Best-Practice-Analyse konnte aufgezeigt werden, dass es keine einheitliche Finanzierungs- und Organisationsform bei der

Umsetzung von bürgerschaftlich getragenen Vorhaben in der Quartiersentwicklung gibt. Oftmals werden diese pragmatisch an die bestehenden Anforderungen und Rahmenbedingungen angepasst, sodass für gesellschaftliche Dienste häufig ein Finanzierungsmix aus öffentlichen Förderungen, Spenden sowie betriebswirtschaftlich rentierlichen Diensten ergibt. Dementsprechend werden die Organisationsformen gewählt: eingetragene Vereine für die gemeinwohlorientierten Dienste, Genossenschaften oder gGmbH für die eher marktwirtschaftlich rentierlichen Dienste. Zudem wurde deutlich, dass sich die Initiativen im Laufe der Zeit zunehmend professionalisieren: Zunächst wird eine lose Kooperation oder die Form eines eingetragenen Vereins gewählt, denn bei letzterem sind die Zugangshürden relativ niedrig. Mit der Gründung einer Genossenschaft erhöhen sich die organisatorischen und auch finanziellen Anforderungen. Für die Gründung einer Genossenschaft ist zwar kein Mindestkapital notwendig, jedoch müssen für die Mitgliedschaft Genossenschaftsanteile gezeichnet werden. Zudem unterliegt die Genossenschaft dem Handelsrecht und ist somit zur Buchführung und Jahresabschlüssen verpflichtet. Dies erfordert Ressourcen und Kompetenzen.

Der schwierige Zugang zu klassischen Bankprodukten

Der Bereich der Finanzierung ist für bürgerschaftlich getragene Vorhaben schwierig, da sie sich meist im schwach bis unrentierlichen Bereich (z.B. Multifunktionshäuser oder soziale Treffpunkte in Form von Nachbarschaftstreffpunkten) bewegen. Finanzierungen über klassische Bankprodukte oder Finanzierungsangebote ohne Geschäftsbank (wie Mikrofinanzierung und NRW.BANK. Mikrodarlehen) bleiben diesen schwach bis unrentierlichen Vorhaben meist verwehrt, insbesondere dann, wenn Sicherheiten und Bonitätsnachweise fehlen.

Kommunale Fonds als Lösungen?

Eine Möglichkeit der Finanzierung solcher Projekte bilden Fondslösungen, die kommunal oder auch landesweit aufgesetzt werden können. So können mit dem Inst-

rument des Stadtentwicklungsfonds (SEF) unter Einbindung von privaten Geldern kreditbasierte und auf unternehmerisches Engagement setzende Projekte gefördert werden (vgl. Nischwitz 2019). Der Fondscharakter des Finanzinstruments generiert Kapitalrückflüsse aus Garantiegeldern, Darlehenszinsen und -tilgung und sichert damit einen Kapitalstock und eine dauerhafte Finanzquelle. Die Finanzierung von Vorhaben und Unternehmungen kann in Form von Darlehen, Garantien/Bürgschaften und Eigenkapitalbeteiligungen erfolgen (vgl. BMVBS 2011). Dabei müssen „die geförderten Projekte [...] zur nachhaltigen Entwicklung beitragen, d.h. positive externe Effekte („Stadtrenditen“) erzielen“ (BMVBS 2011, 11). Kommunale Fonds bieten die Möglichkeit, kleinräumige Bedarfslagen zu berücksichtigen und gezielt Vorhaben in ausgewählten Quartieren zu unterstützen. Die Umsetzung kommunaler Fonds gilt allerdings als schwierig: „Die eigenständige Implementierung eines revolvingierenden Finanzinstruments auf der kommunalen Ebene erscheint mit kaum überbrückbaren Hemmnissen verknüpft zu sein“ (Nischwitz 2019, 101).

Finanzierung durch Förderprogramme

Schwach bis unrentierliche Vorhaben, stehen nicht nur vor der Herausforderung der Anschubfinanzierung, sondern auch vor der Herausforderung, eine langfristige Finanzierung sicherzustellen. Eine Finanzierungsmöglichkeit bilden Förderprogramme, wie etwa die Städtebauförderung oder die Dorferneuerung. Hier nimmt die Kommune bei der Einwerbung von zuschussbasierten Fördergeldern eine wichtige Rolle ein, da Initiativen selten selbst antragsberechtigt sind und für den Förderantrag teils umfangreiche Unterlagen einzureichen sind. Mit dem Bund-Länder-Programm der Städtebauförderung können Gemeindebedarfs- und Folgeeinrichtungen (vgl. MBV. NRW 2008) gefördert werden. Sie bieten mit der Förderung von Zwischennutzungen, Erstausrüstung von Geschäftsräumen sowie Mieten und Pachten Ansatzpunkte, um die lokale Wirtschaftsentwicklung und/oder den lokalen Arbeitsmarkt zu unterstützen (vgl. Hahne 2019). Auch die Förderbestimmungen der Dorferneuerung ermög-

lichen die Sicherung der Grundversorgung, z.B. über dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen und Einrichtungen für Basisdienstleistungen (vgl. MHKKBG.NRW 2020).

Alternative Finanzierungsquellen als Baustein langfristiger Absicherung

Mit dem Einwerben von Fördergeldern ist jedoch die langfristige und nachhaltige Finanzierung selten gewährleistet. Neben Fördergeldern spielen alternative Finanzierungsquellen für schwach bis unrentierliche Vorhaben zunehmend eine größere Rolle. Hierunter fallen etwa das Einwerben von Spenden, zum Beispiel über Stiftungen, das Einwerben von kredit-, gegenleistungs- oder spendenbasierten Geldern aus dem Crowdfunding, Business Angels und die Bürgeraktie zusammen mit den Sparkassen. Neben der Vermarktung auf den jeweiligen Plattformen und der Ansprache von potenziellen Sponsoren müssen die Akteure ihre Vorhaben aktiv bewerben. Erneut erfordert dies zeitliche Ressourcen der ehrenamtlich Tätigen.

Erforderlich: Aufbau einer kommunalen Beratungs- und Begleitungsstruktur

Die dargestellten Finanzierungsoptionen für schwach bis unrentierliche Vorhaben zeigen Herausforderungen auf, bieten zugleich aber auch Möglichkeiten für den Erhalt und (Wieder-)Aufbau gesellschaftlicher Dienstleistungen im Quartier. Während es für klassische Unterneh-

Ein Beispiel für die Finanzierung gesellschaftlicher Dienstleistungen

Das Projektteam von KuDeQua hat u.a. ein Vorhaben für ein ambulantes inklusives Wohnprojekt begleitet: Hier haben sich Eltern erwachsener Kinder mit Behinderung zusammengeschlossen, um ihren Kindern die Teilhabe am Leben durch ein inklusives unabhängiges Wohnprojekt zu ermöglichen. Die in einem eingetragenen Verein zusammengeschlossenen Eltern haben hierfür eigens eine eingetragene Genossenschaft gegründet, um das Bauvorhaben im Dortmunder Norden zu realisieren. Sie stoßen mit ihren zeitlichen, aber auch fachlichen Ressourcen immer wieder an Grenzen.

Im Rahmen der Begleitung wurden erste Zugangsbarrieren sichtbar, denn die potenziellen Bewohner*innen verfügen oftmals nicht über ausreichend Kapital, um diese Anteile zu zeichnen (anteilig zur anzumietenden Wohnfläche). Im Rahmen von KuDeQua wurden aus diesem Grund Kontakte zu möglichen Spender*innen vermittelt, damit diese entweder dem Verein eine zweckgebundene Spende zukommen lassen oder aber für die jeweiligen Personen Anteile zeichnen. Diese Unterstützungsleistung ist eine mögliche Aufgabe, die durch die Kommunen als Daueraufgabe geleistet werden sollte.

mensgründungen in vielen Kommunen eine gut vernetzte und etablierte Unterstützungsstruktur gibt, fehlt diese bisher für bürgerschaftlich getragene Modelle. Hier besteht Handlungsbedarf, um endogene Potenziale zu heben und kooperative oder auch koproduktive Modelle für die Sicherung gesellschaftlicher Dienste zu initiieren. Kommunen können die Sicherstellung gesellschaftlicher Dienstleistungen in den Quartieren nicht (allein) garantieren. Vielfältige Faktoren tragen dazu bei, dass sich bisherige Strukturen auflösen, neue Bedarfe der Bürger*innen entstehen und Lücken in den Quartieren hinterlassen werden. Für die Schließung dieser Lücken, auch zur Verhinderung von Trading-Down-Prozessen, ist die Hinzuziehung weiterer Partner notwendig.

Eine Möglichkeit der kommunalen Unterstützung bürgerschaftlich getragener Vorhaben liegt in der Bereitstellung von Infrastruktur, z.B. von Räumlichkeiten. Denkbar ist ebenso, mithilfe von Beratungs- und Vernetzungsleistungen schwach bis unrentierliche Angebote mit finanziell tragfähigen Konzepten zu verschneiden. Um solche Unterstützungsangebote zu leisten, bedarf es bei den Kommunen angemessene Ressourcen und spezifische Kompetenzen. Eine solche Unterstützungsstruktur ist insbesondere auch vor dem Hintergrund der nachhaltigen Etablierung – z.B. in Bezug auf Finanzierungszugänge, Organisationsmodelle, aber auch auf bereits bestehende Initiativen – von großem Vorteil, indem sie Akteure berät, begleitet und vernetzt. Beispielsweise hat sich im KuDeQua-Modellquartier Dortmund-Marten herausgestellt, dass es an einer Person fehlt, die Ideen bündelt, Kontakte zur Kommune aufbaut und Beratungs- und Unterstützungsleistungen anbietet. Voraussetzung für die Etablierung einer Beratungsstelle ist ein integrativer Ansatz, der die verschiedenen Fachämter, wie Wirtschaft, Soziales, Stadtentwicklung etc., einbindet, um Parallelstrukturen zu vermeiden und themenübergreifend zu handeln. Neben Kompetenzen, wie z.B. der Initiierung und Moderation, werden auch fachliche Kompetenzen in den Bereichen (alternativer) Finanzierungszugänge und Organisationsmodelle notwendig. Auch am

Beispiel Dortmund-Eving wurde deutlich, dass eine solche Unterstützungsstruktur hilfreich sein kann, bürgerschaftlich getragene Dienste zu unterstützen, indem Sie Unternehmenskontakte für alternative Finanzierungsformen, wie Spenden etc. vermitteln. Auch die Ergebnisse der Best-Practice-Analyse zeigen deutlich, dass die Engagierten viele zeitliche Ressourcen für die Durchführung ihrer Vorhaben einbringen. Eine kommunale Anlaufstelle, die Wissen vermittelt, würde Engagierte entlasten und kann dazu beitragen, das Engagementpotenzial in eher strukturschwachen Quartieren zu erhöhen.

Um kleinere Kommunen nicht zu überfordern, können diese Unterstützungsstrukturen auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städten etabliert werden. Befördernd wirken würde – in Anlehnung an die StarterCenter NRW, die Unternehmensgründer*innen eine intensive Unterstützung, Beratung sowie Begleitung bieten – diese Strukturen durch die Bundesländer mitzufinanzieren, um Kommunen zu entlasten und einen Austausch zwischen den einzelnen Beratungsstellen zu ermöglichen und Standards zu etablieren, wie es bei den StarterCentern NRW gelungen ist. Diese bieten in 75 StarterCentern in NRW Unternehmensgründer*innen eine intensive Unterstützung, Beratung sowie Begleitung (auch nach der Gründung) und werden durch das Land NRW finanziert (Startercenter NRW).

Mit dieser Unterstützungsstruktur auf kommunaler Ebene könnten viele ehrenamtliche Akteure zeitlich entlastet und mit fachlicher Expertise unterstützt werden. Damit wären auch die Zugangsbarrieren niedriger, um gemeinwohlorientierte Initiativen zu starten und zu realisieren, so dass hier der Kreis möglicher Akteure ausgeweitet werden kann. Der Aufbau dieser Unterstützungsstrukturen kann damit helfen, Engagementpotenziale und bürgerschaftlich getragene Dienstleistungen im Quartier zu stärken.

Zum Weiterlesen

Institut Arbeit und Technik (Hrsg.) (2020): Wegweiser Quartiersentwicklung. Erhalt und (Wieder-)Aufbau gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen im Quartier. Online verfügbar unter: <https://kudequa.jimdo.com/media> (zuletzt geprüft 31.12.2020).

Dahlbeck, Elke / Schlieter, Dajana (2019): Kooperationen zwischen Bürgerschaft und Kommunen für das Quartier, in: Forschung Aktuell. Heft 9. Online verfügbar unter: <https://www.iat.eu/forschung-aktuell/2019/fa2019-09.pdf> (zuletzt geprüft 31.12.2020).

Die Autorinnen

Elke Dahlbeck; Institut Arbeit und Technik, Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen; Arbeitsschwerpunkte: Gesundheit und Region, Gleichwertige Lebensverhältnisse, Quartiers- und Regionalentwicklung, Strukturwandel und Strukturpolitik; dahlbeck@iat.eu

Dajana Schlieter; Institut Arbeit und Technik, Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen; Arbeitsschwerpunkte: Stadt- und Quartiersentwicklung, öffentliche Verwaltung und Verwaltungshandeln, Wirtschaftsförderung, nachhaltige Entwicklung von Quartieren; schlieter@iat.eu

Kerstin Jochimsen; NRW.BANK, Förderberatung & Kundenbetreuung; kerstin.jochimsen@nrwbank.de

Literatur

- » BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2011): Stadtentwicklungsfonds in Deutschland. Online verfügbar unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/BMVBS/Online/2011/DL_ON142011.pdf (zuletzt geprüft 15.05.2020).
- » BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Online verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/sorge-und-mitverantwortung-in-der-kommune/112210> (zuletzt geprüft 25.01.2021).

- » Faller, Bernhard / Hettich, Franziska / Ritter, Jennifer / Burgdorf, Frauke (2019): Gemeinwohlorientierte Initiativen in der Quartiersentwicklung. Endbericht der städtebaulichen Begleitforschung. Online verfügbar unter: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/staedtebaufoerderung/Forschungsprogramme/Programm-uebergreifend/Projekte/gemeinwohl-quartier/endbericht.pdf> (zuletzt geprüft 27.08.2019).
- » Hahne, Ulf (2019): Wirtschaftsförderung 4.0 als Teil integrierter Stadtentwicklungspolitik. Paper im Rahmen des Forschungsprojektes Wirtschaftsförderung 4.0 - Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Stärkung kollaborativer Resilienzinitiativen in Kommunen. Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH. Online verfügbar unter: <https://www.wirtschaftsfoerderungviernull.de/berichte-publikationen/> (zuletzt geprüft 18.05.2020).
- » Langguth, Florian / Butzin, Anna / Elbe, Sebastian / Faller, Bernhard / Gärtner, Stefan / Middelman, Ute / Weishaupt, Karin / Wilmsmeier, Nora (2015): Neue Kooperationen und Finanzierungsmodelle zur Sicherung der Daseinsvorsorge in kleinen Gemeinden und Städten im ländlichen Raum. Endbericht im Auftrag des BBSR. Berlin.
- » MBV.NRW – Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung. Düsseldorf.
- » MHKBG.NRW – Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (2020): Dorferneuerung 2021 und Sonderaufruf „Feuerwehrrhäuser in Dörfern 2021“. Veröffentlichung der Fördergrundsätze. Online verfügbar unter: https://www.mhkgb.nrw/sites/default/files/media/document/file/F%C3%B6rdergrundsätze_Dorferneuerung2020.pdf (zuletzt geprüft 18.05.2020).
- » Nischwitz, Guido / Andreas, Verena (Hrsg.) (2019): Stadtentwicklungsfonds. Ein neues Instrument zur Unterstützung nachhaltiger Stadtentwicklung?, in: Arbeitsberichte der ARL 26. Online verfügbar unter: <https://shop.arl-net.de/stadtentwicklungsfonds.html> (zuletzt geprüft 18.05.2020)
- » Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer, Clemens (2017) (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden.
- » StarterCenter NRW. Online verfügbar unter: <https://www.startercenter.nrw/de/startercenter/startercenter-nrw> (zuletzt geprüft 19.01.2021).
- » Wolter, Birgit (2017): Gesundheitsförderliche Quartiere für alte Menschen. Herausforderungen und Barrieren, in: Fabian, Carlo / Drilling, Matthias / Niermann, Oliver / Schnur, Olaf (2017): Quartier und Gesundheit. Impulse zu einem Querschnittsthema in Wissenschaft, Politik und Praxis. Wiesbaden. Seite 61-78.